

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Kamionka

Datum:
10.06.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule" (Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 31.05.2022, eingegangen am 03.06.2022)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	15.06.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	23.06.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

s. Antrag "Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule" (Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 31.05.2022, eingegangen am 03.06.2022)

Beschlussvorschlag:

s. Antrag "Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule" (Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 31.05.2022, eingegangen am 03.06.2022)

Anlagen:

Antrag "Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule" (Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion vom 31.05.2022, eingegangen am 03.06.2022)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein- stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltun- gen	lt. Be- schluss- vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto- kollf.
1							
2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:

Oberbürgermeisterin der Stadt Lüneburg
- Rathaus -
Am Ochsenmarkt
21335 Lüneburg



Stadtratsfraktion Lüneburg

Lüneburg, den 31.05.2022

Antrag der CDU und FDP: Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
die CDU- und FDP-Fraktionen der Hansestadt Lüneburg hatten sich bereits in der Vergangenheit für den Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule ausgesprochen. Der Rat wird gebeten folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Lüneburg setzt sich dafür ein, die Johannes-Rabeler-Schule als Förderschule Schwerpunkt Lernen über das Schuljahr 2027/2028 hinaus zu erhalten. Somit sollen auch nach dem Ende des Schuljahres 2022/2023 Schüler aufgenommen werden können.

Dadurch soll für die Eltern die Wahlfreiheit beim Förderbedarf Lernen weiterhin erhalten bleiben.

Begründung:

Inklusion ist wichtig, doch ersetzt es nicht die individuelle Betreuung in einer Förderschule. Inklusion muss im Sinne der Kinder gedacht werden. Die Johannes-Rabeler-Schule ist, als einzige Förderschule Schwerpunkt Lernen in Lüneburg, unentbehrlich, um jedes Kind hier vor Ort optimal fördern zu können. Den hohen Bedarf belegen auch die aktuellen Zahlen der Anmeldungen (30) für die kommende Klassenstufe 5 und insbesondere die Zweizügigkeit der aktuellen Jahrgänge 5 und 6.

Die differenzierte Förderung kann in einer inklusiven Regelschule nicht in diesem Umfang und in dieser Qualität aktuell gewährleistet werden. Die Bewältigung der Auswirkungen der Pandemie stellt zudem eine zusätzliche pädagogische Herausforderung an allen Schulen dar. Die Schließung der Förderschule Lernen ist das falsche Zeichen. Die Förderschule Lernen bietet eine gute Lernumgebung, um den Kindern einen erfolgreichen Start in den Arbeitsalltag zu ermöglichen. Mit dem Wegfall der Förderschule Lernen geht uns die gebündelte Expertise und Unterstützung für die Kinder verloren und der Übergang in die Arbeitswelt wird schwerer. Die Kinder und Jugendliche mit Mehrfachbedarf und sehr individuellen Schwierigkeiten können bisher inklusiv nicht ausreichend gut gefördert werden. Gerade in den aktuellen Zeiten sollten wir auf Stabilität setzen und die Kinder nicht zusätzlich belasten. Es gibt Kinder, die auf den geschützten Raum einer Förderschule angewiesen sind, da dort weder psychischer, sozialer oder emotionaler Druck vorherrscht. Die Johannes-

Rabeler-Schule muss als unverzichtbare Förderschule Lernen über das Schuljahr 2027/2028 hinweg erhalten bleiben.

Mit freundlichen Grüßen



Anna Bauseneick (CDU)
Ratsfrau
im Rat der Hansestadt Lüneburg
bauseneick.cdu@icloud.com

Monika Scherf (CDU)
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg



Frank Soldan (FDP)
Vorsitzender FDP-Fraktion
im Rat der Hansestadt Lüneburg
frank.soldan@fdp-lueneburg.de
0172 4304242

01 R über Dez.I z.w.V.

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der CDU und FDP vom 31.05.2022 „Erhalt der Johannes-Rabeler-Schule“ zur Sitzung des Rates am 23.06.2022

Die Hansestadt Lüneburg setzt das im Schulbereich geltende Recht um.

Der § 183c Abs.5 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG) regelt unmissverständlich das Auslaufen der Förderschule Lernen zum Schuljahr 2027/28. Das bedeutet, dass dort letztmalig zum Schuljahr 2022/23 neue Fünftklässler:innen aufgenommen werden können.

Dieser Vorschrift wird die Hansestadt Lüneburg nachkommen, zumal es keine Ausnahmemöglichkeiten dazu gibt. Es ist der Verwaltung nicht möglich, eine Eingabe ans Land vorzunehmen, um eine Gesetzesänderung anzuschieben, wenn die Politik bereits die Richtung vorgegeben hat, das Gesetz umzusetzen.

Überdies entspricht dieses Vorgehen auch dem bisherigen politischen Willen, da der Schulausschuss am 24.05.2017 bei nur einer Enthaltung den Weg der Inklusion beschlossen hat.

Wenn einzelne Fraktionen oder politische Bündnisse Eingaben an die Landespolitik oder ihre Landesvertretungen machen wollen, steht der Weg natürlich offen. Üblicherweise formulieren die Fraktionen oder politischen Bündnisse dafür einen Resolutionstext, der dann zur Abstimmung gestellt wird. Sofern die Resolution beschlossen wird, sorgt die Verwaltung für die Weiterleitung an die Landesregierung.

Zur Begründung des Antrags seien folgende Hinweise gestattet:

Zu versuchen, Inklusion wertzuschätzen, aber Separation im gleichen Maße zu berücksichtigen, erscheint ein unmöglicher Spagat zu sein.

Vielleicht ist die Inklusion noch nicht in allen Teilbereichen des Lebens uneingeschränkt durchführbar, aber gerade im Bereich Förderschwerpunkt „Lernen“ für Schülerinnen und Schüler gibt es entsprechende Ideen und Programme durch das Land Niedersachsen.

Wenn diesen Programmen aber von vornherein keine Chance gegeben wird, kann der Inklusionsgedanke nicht wachsen und zum natürlichen Bestandteil der Schullandschaft werden. Mit dem Beschluss des Schulausschusses, einen Runden Tisch Inklusion unter Beteiligung der schulfachlichen Dezernentinnen und Dezernenten des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung zu installieren, wird aus Sicht der Verwaltung der richtige Weg beschritten, sich dafür einzusetzen, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Inklusion zu verbessern.

Die relativ hohen Anmeldezahlen an der Johannes-Rabeler-Schule beruhen darauf, dass über die Hälfte der Kinder aus dem Landkreis Lüneburg dort beschult werden.

Der Landkreis hat trotz dieser Zahlen die Inklusion für sich klar priorisiert und seine Förderschule auslaufen lassen.

Die Politik der Hansestadt Lüneburg konnte sich dazu jedoch nicht entschließen und hat entgegen der niedrigen städtischen Anmeldezahlen entschieden, die Förderschule weiterlaufen zu lassen und die Kinder des Landkreises aufzunehmen.

Damit leistet sich die Hansestadt Lüneburg trotz aller finanzieller Schwierigkeiten hier zu über 50% eine Schule für Kinder des Landkreises Lüneburg (47 Landkreis/39 Stadt).

Nicht zuletzt ist das Hauptgebäude der Johannes-Rabeler-Schule dringend sanierungsbedürftig. Es sollte schon längst saniert und anders genutzt werden, was durch die Verlängerung des Förderschulbetriebs aber bisher nicht möglich war.

Eine Sanierung im laufenden Betrieb ist nur sehr schwierig bis nahezu unmöglich durchführbar. Ohne die Sanierung der Räume kann ein Schulbetrieb dort nicht dauerhaft stattfinden.

Es kann sehr unterschiedlich sein, wo Eltern den richtigen schulischen Rahmen für ihr Kind sehen. Deshalb sind Schulkooperationen als möglichen Lösungsansatz zu prüfen und ggf. aufzubauen.

gez. Bauer

Pascal Mennen, Schröderstr. 16 (Hof), 21335 Lüneburg

Oberbürgermeisterin Kalisch
- Rathaus -

21335 Lüneburg



Stadtratsfraktion Lüneburg

Beigeordneter Pascal Mennen
Sprecher für Schule, Jugend, Queer

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Schröderstr. 16 (Hof)
21335 Lüneburg
pascal.mennen@gruene-lueneburg.de

21.06.2022

Änderungsantrag zu TOP 9.7 der Ratssitzung am 23.06.2022

Optimale Bedingungen für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Lernen schaffen

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt, der Rat möge beschließen:

1. Die Hansestadt Lüneburg setzt sich dafür ein, dass das Land zügig die notwendigen personellen und finanziellen (für bauliche und sächliche Ausstattung) Ressourcen bereitgestellt bzw. die Kommunen bei der Umsetzung unterstützt, damit Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen optimale Bedingungen an den Regelschulen vorfinden, wenn 2028 die Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen ausläuft.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, sich auf Ebene der Hansestadt zügig um die notwendigen planerischen und ggf. baulichen Vorbereitungen zu kümmern, damit Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen ab dem Schuljahr 2023/2024 an Regelschulen gute Bedingungen vorfinden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Herstellung optimaler Bedingungen für Kinder und Jugendliche mit dem Förderschwerpunkt Lernen an Regelschulen Übergangslösungen zu schaffen. Hierbei sollen Klassen, die aus Kindern und Jugendlichen der ehemaligen Förderschule Lernen zusammengesetzt sind, an den Regelschulen eingerichtet werden. Diese weisen einen höheren Fachkraftschlüssel auf, bieten somit ein schützendes Setting für die Kinder und Jugendlichen innerhalb der Regelschulen und stellen zugleich einen weiteren Schritt Richtung Inklusion dar.

Begründung:

Im Mittelpunkt einer sachlichen Diskussion muss die Umsetzung des Rechts auf Bildung für alle in einem inklusiven Schulsystem stehen. Die Gesetzeslage in Niedersachsen ist zudem eindeutig, sie gibt das Auslaufen zum Schuljahr 2028/2029 und letztmalige Einschulen zum Schuljahr 2022/2023 vor. In diesem Rahmen muss in Lüneburg progressiv und zügig gehandelt werden, um bestmögliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dafür sind landesseitig deutlich mehr Mittel gefordert, kommunal Vorbereitungen zu treffen und Übergangslösungen zu bedenken, damit kein Kind, kein Jugendlicher mit dem Förderschwerpunkt Lernen und ihre Erziehungsberechtigten negative Konsequenzen befürchten müssen. Zur Orientierung kann auf gute Beispiele aus Lüneburg (wie die Kooperationsklassen der Kniebergerschule an mehreren Grundschulen) zurückgegriffen werden. Im Vordergrund sind die Bedürfnisse der Betroffenen zu sehen. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die Fraktion



Pascal Mennen